

Appelle an den »Rechtsstaat« reichen nicht aus!

Noch 1977 konnte Detlef Hensche, 2. Vorsitzender der IG Druck und Papier, über die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) in der Gewerkschaftszeitung „Druck und Papier“ schreiben: *„Die versprengte Schar wahnwitziger Desperados ist alles andere als eine politische Bewegung... Es gibt keine ernstzunehmende Sympathisanten-Szene... sie sind keine politische Gefahr. Sie sind Mörder und sonst nichts. Nüchterne polizeiliche Aufklärung ist also vonnöten.“* Das war anlässlich des Todes des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer. Über elf Jahre später beschließt die IG Medien auf ihrem 1. Gewerkschaftstag in Hamburg ohne Gegenstimmen: *„Die Delegierten ... fordern die Bundesregierung und alle Verantwortlichen in Bund und Ländern auf, den hungerstreikenden RAF-Gefangenen schnellstens ein verhandlungsfähiges Angebot zu deren Forderung auf Zusammenlegung zu unterbreiten“* (Protokoll Gewerkschaftstag).

Was hat sich geändert?

Die Furcht, daß der Tod von politischen Gefangenen Folgen haben könne — wie 1974 der Tod von Holger Meins — ist offenbar. Bei einem Teil der Bürger in der BRD, insbesondere bei denen, die enttäuscht sind, weil ihr Vertrauen in die Liberalität dieses Staates schwindet, wächst die Bereitschaft, den Forderungen der politischen Gefangenen entgegenzukommen — zumindest die Appelle für Verhandlungen werden häufiger und dringender. Das wirkt bis in die Gewerkschaften hinein.

Aber in den Stellungnahmen aus den Gewerkschaften gibt es bis heute Widersprüche, über die Klarheit gewonnen werden muß. So sagte der Vorsitzende des DGB, Ernst Breit, auf dem Gewerkschaftstag der IG Medien: *„Ein starker Staat zeichnet sich nicht nur durch Sturheit, sondern durch Klugheit aus. Zu einer klugen Politik gehört es, der Propaganda von Terroristen keine unnötigen Chancen zu geben. Das kann nur gelingen, wenn im Umgang mit ihnen nicht vergessen wird, daß die Achtung der Menschenwürde ein Grundpfeiler unserer Ordnung ist“* (Protokoll Gewerkschaftstag). Breit stellte sich in seiner Rede an die Seite Helmut Schmidts, unter dessen Regierung im Notstandsverfahren 1977 die ganze Bevölkerung gegen die „Terroristen“ und ihre „Sympathisanten“ aufgehetzt wurde, unter dessen Regierung die Hochsicherheitsstrakte zur Isolation der politischen Gefangenen ausgebaut und die gesamte politische Opposition mit Anti-Terror-Gesetzen überzogen wurden. Können die aktiven Mitglieder der Gewerkschaften an einem derart „klugen“ „starken Staat“ ein Interesse haben?

Von Anfang an hat sich der BRD-Staat dadurch hervorgetan, daß er sich gegen jede mögliche Opposition — die mehr sein könnte als eine parlamentarische Minderheitsfraktion — ideologisch (der Antikommunismus), juristisch und polizeilich bewaffnete. Möglich wurde das durch die Tatsache, daß das Ende des Faschismus nicht durch die Arbeiterklasse, sondern durch den militärischen Sieg der Alliierten herbeigeführt wurde. Die imperialistischen Westmächte hatten das ihrer Gesellschaftsordnung entsprechende Interesse, die Arbeiterklasse in ihren Besatzungszonen weiterhin in Fesseln zu halten. Die Propagierung der „demokratischen Erneuerung“ gab dafür die Tünche. Als Frontstaat des kapitalistischen Lagers mußte der BRD-Staat nicht nur nach außen — gegen das sozialistische Lager — sondern auch nach innen, gegen einen drohenden inneren Klassenfeind, aufrüsten.

Mit Hilfe der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer wurde von den westlichen Alliierten das Fundament für den Wiederaufstieg der deutschen Unternehmer geschaffen. Während SPD und Gewerkschaften die Arbeiterbewegung in die „neue Republik“ führten, entstand daneben mit der fast vollständig wiedereingesetzten Nazi-Bürokratie ein Staatsapparat, dessen politische Führung seit den ersten Jahren daranging, der Ar-

beiterbewegung politische Fesseln anzulegen (das Betriebsverfassungsgesetz) und durch ein weitgespanntes Paragrafennetz politische Arbeiterinitiativen zu knebeln. Es entstand eine Klassenjustiz, die sich in den ersten Jahrzehnten dieser Republik nicht durch die Bekämpfung des „Terrorismus“, sondern durch die Verfolgung von Kommunisten einerseits und die Begnadigung und Beschützung führender Nazis hervortat.

Die ersten großen Polizeieinsätze galten Arbeiterstreiks, nicht Hausbesetzungen, und Benno Ohnesorg war nicht der erste tote Demonstrant. 1951 wurde Philip Müller, ein junger Kommunist, von der Polizei dieses „Rechtsstaates“ erschossen. Seit 1956, dem Verbot der KPD (die nicht wegen „Terrorismus“, sondern wegen ihrer politischen Ziele verboten wurde), hagelte es tausende von Prozesse nach §129 StGb (kriminelle Vereinigung), saßen Kommunisten und Nicht-Kommunisten in den Gefängnissen des Adenauer-Staates. Begleitend bewährten sich Gewerkschaftsführer wie Georg Leber durch die „Säuberung“ der Gewerkschaften von klassenbewußten Mitgliedern und Kommunisten.

In den Zeiten sozialen „Friedens“ und relativen Wohlstands wurden nicht nur Kräfte aus der politischen Opposition ausgeschaltet, damit sollte auch von vornherein jede politische Diskussion darüber, daß es auch anders sein könnte, unterbunden werden. Die DGB-Gewerkschaften haben sich in diesen Zeiten bewährt als Organe von „Ruhe und Ordnung“, ohne große Kampfanstrengungen konnten sie ihren Mitgliedern Tarife und Lohnerhöhungen präsentieren. Nur einmal, als mit den Notstandsgesetzen auch den Gewerkschaften politische Unterdrückung drohte, stellten sie sich an die Seite kritischer und linker Studenten — in der Zeit der „Großen Koalition“, Mitte der 60er Jahre. Als die SPD die härtesten Bestimmungen gegen die Gewerkschaften aus der Gesetzesvorlage wegverhandelt hatte, zogen sie sich zurück. Die Studenten und oppositionellen Jugendlichen blieben allein zurück in der Auseinandersetzung und Konfrontation mit dem Staat.

Seit seinen Anfängen hat dieser Staat nicht anders „klug“ sein können als durch diese Spaltung: den politischen Gegner treten, wo immer es auch geht, und die Masse der Arbeiter und Angestellten — mit Hilfe der offiziellen Gewerkschaftspolitik — in Frieden wähen zu lassen. Am politischen Gegner, seien es Kommunisten, klassenbewußte Gewerkschafter, Studenten, AKW-Gegner oder RAF-Mitglieder, wurde demonstriert, was denen blüht, die sich gegen die herrschenden Verhältnisse auflehnen.

Jene, die sich der RAF oder anderen bewaffneten Gruppen anschlossen, haben in einer Zeit den Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse aufgenommen, wo die Masse der Arbeiter politisch passiv abseits stand und ihre Erwartungen an die bürgerlichen Politiker, vor allem aus der SPD, richtete. Dieser Kampf konnte nicht gewonnen werden, weil er isoliert von der Masse der Arbeiter geführt wurde und in seinen Methoden viele Menschen abstieß. Aber Mitglieder, Unterstützer und vermeintliche „Sympathisanten“ der RAF und anderer bewaffneter Gruppen wurden nicht deshalb vom Staat verfolgt und in den Gefängnissen brutal behandelt, weil sie die falschen Mittel und Methoden in der Bekämpfung der herrschenden Verhältnisse angewandt haben. Sie werden gejagt und in den Gefängniszellen noch mit erniedrigenden Methoden behandelt, weil sie Gegner dieser kapitalistischen Verhältnisse sind.

An ihnen, die schon entwaffnet waren, hat der Staat gezeigt, daß Justiz und Recht, Recht und „recht haben“, nicht dasselbe ist. Er demonstrierte die reaktionärste Seite der bundesrepublikanischen Justiz: Der Gegner, der schon geschlagen ist, soll auch noch zertreten werden. Während Verfahren gegen SS- und

SA-Schergen jahrelang verschleppt und eingestell wurden oder mit belanglosen Urteilen — gemessen an den Massenmorden der Nazis — endeten, sollen Leute aus der RAF, auch AKW-Gegner oder NATO-Blockierer psychisch und physisch kaputt gemacht werden.

Der jetzige Hungerstreik ist keine RAF-Aktion. Er wird von Anfang an zusammen mit anderen politischen Gefangenen geführt, die keiner bewaffneten Gruppe angehörten, die vielmehr aufgrund der ausgeweiteten politischen Verfolgung verurteilt wurden. Die Bedrohung durch politische Verurteilung und Haft ist für alle nähergerückt, die in Protest und Opposition gegen die Verhältnisse in dieser Republik stehen. Deshalb auch bleiben die Parteien der Regierungskoalition „hart“. Sie wollen dem Druck innerhalb wie außerhalb der Gefängnisse nicht weichen, weil sie auf die Demonstration ihrer „Macht“, das heißt: auf die Klassenjustiz nicht verzichten können. Aber das geht nicht mehr so einfach wie noch im Herbst 1977, während der Schleyer-Entführung. Damals gelang es, die große „demokratische Volksgemeinschaft“ noch einmal um die Notstandsregierung des Bonner Krisenstabes herum zusammenzuschließen. Damals konnten Leute aus der RAF (innerhalb wie außerhalb der Gefängnisse) als „wahnwitzige Desperados“ bezeichnet werden. Heute besitzt die Regierung und der Staat nicht mehr das genügende Vertrauen bei den Massen für eine solche Kampagne.

Die Meinungen in der Bevölkerung teilen sich: auf dem einen Pol das Votum für die „harte Lösung“ (Bild-Zeitung: Maggy Thatcher ließ 10 Hungerstreikende sterben), auf dem anderen Pol die Forderung nach schnellen Verhandlungen, zumindest nach Zwischenlösungen. Darin drücken sich die Gegensätze in der Gesellschaft aus, ein Resultat fünfzehnjähriger kapitalistischer Krisenpolitik. Gegen diese Politik haben die aktiven GewerkschafterInnen protestiert und sich in einzelnen Aktionen gewehrt. In den letzten Jahren hat der Staat klarer als früher gezeigt, daß er sich auf diese Auseinandersetzungen weitblickend („klug“) vorbereitet: schon jetzt wird mit dem Knüppel der Re-

geßpflicht die Bewegungs- und Streikfreiheit der KollegInnen mehr und mehr eingeschränkt. Streikende wurden vor Gericht gezerrt und wegen Blockadeaktionen von einer Justiz verurteilt, die dasselbe schon an AKW- und Rüstungsgegnern geübt hat. Es wäre eine Illusion zu glauben, daß die Gewerkschaften, weil sie gut besetzte Rechtsabteilungen haben, das Arbeitsrecht und das Streikrecht vor Gericht verteidigen könnten.

Es ist nicht allein Menschlichkeit, die Forderungen der politischen Gefangenen nach Zusammenlegung zu unterstützen. Und es sind nicht allein die politischen Gefangenen, die uns zur Stellungnahme zwingen. Jeden Monat, jedes Jahr werden Tausende in die Verelendung getrieben. Je größer der Reichtum der Besitzenden, desto größer die Zahl derjenigen, denen diese bürgerlich-kapitalistische Ordnung keine Perspektive mehr bieten kann. Es ist auch und vor allem unser Interesse als klassenbewußte Gewerkschafter, die barbarischen Methoden der Klassenjustiz zu bekämpfen.

Es genügt daher nicht mehr, mit Entschließungen Appelle an den Staat zu richten. Viel ist von „Resozialisierung“ der Häftlinge in Gefängnissen und Jugendstrafanstalten die Rede. Zuerst aber muß diese zunehmend asozial werdende Gesellschaft „resozialisiert“ werden. Die Forderungen nach Zusammenlegung und nach dem Ende der politischen und sozialen Isolierung der Gefangenen bekommen erst dadurch eine wirksame Basis, daß Kolleginnen und Kollegen die eigene politische Isolierung, betrieblich, lokal, regional und auf dem Arbeitsamt, erkennen und versuchen, sie zu überwinden.

Wenn sie, die den Kampf gegen die Politik von Regierung und Unternehmern aufnehmen, bei diesem Kampf nicht alleine stehen sollen, dann müssen sie sich heute gemeinsam für die Forderungen der politischen Gefangenen einsetzen. Nur organisiert können wir diese Gesellschaft zur Aufmerksamkeit zwingen.

Gruppe Arbeiterpolitik Hamburg,
1. Mai 1989